



Dustin Dehéz ist Historiker und Senior Fellow am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS). Er ist Mitglied im Arbeitskreis Junger Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN? IST DIE ÄRA BUSH SCHON GESCHICHTE?

Dustin Dehéz

Vor gut einem Jahr wurde Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Mit seinem Amtsantritt verband sich sowohl in Amerika als auch im Rest der Welt die Hoffnung auf eine Abkehr von der vermeintlich unilateralen Außenpolitik der Administration George W. Bushs¹ und einen Neuanfang in den amerikanischen Außenbeziehungen. Selbst die Republikaner begannen nach ihrer Wahlniederlage, sich vom Erbe der Ära Bush zu distanzieren. Zu groß waren die Probleme, die zum Ende der Amtszeit von Georg W. Bush in der Wirtschafts- und Außenpolitik bestanden, als dass die Führung der republikanischen Partei an diese Regierungszeit hätte nahtlos anknüpfen können. Der Kollaps des Bankensektors, eingeleitet durch den Zusammenbruch der Bank Lehmann Brothers, die strukturellen Probleme der Autoindustrie und das finanzielle Defizit, das die Bush-Administration hinterließ, haben die neue Regierung vor schwierige Herausforderungen gestellt. Und auch wenn die Bush-Administration im Irak nach dem so genannten *surge* große Fortschritte zu machen schien, wurde dieser Erfolg doch von der dramatischen Lage in Afghanistan und der sich rapide verschlechternden Sicherheitssituation in Pakistan überschattet. Zum Ende der Regierung Bush waren also nicht

1 | Wenn im Folgenden über die Bush-Administration gesprochen wird, so bezieht sich die ausschließlich auf die Regierungszeit von George W. Bush (2001–2009).

nur die Herausforderungen für die neue Obama-Administration gewaltig, sondern auch die republikanische Partei schien sich neu erfinden zu müssen und besann sich auf ihre fiskalkonservativen Wurzeln. Doch bleibt von der Ära Bush wirklich nicht mehr als das Fiasko im Irak und ein wirtschaftspolitisches Desaster? Hat die Regierung Bush es tatsächlich nicht vermocht, auf die Anschläge vom 11. September 2001 überlegt zu reagieren? Und entscheidet sich das Urteil über das außenpolitische Erbe der Bush-Administration tatsächlich allein im Irak und in Afghanistan?

Auch wenn die neue Regierung nicht müde wird, den Wechsel im Weißen Haus anhand symbolischer Gesten zu betonen und die Republikaner nach neuen Führungsfiguren und Inhalten suchen, wäre es voreilig, die Ära Bush bereits zu Grabe tragen zu wollen. Denn auch wenn das Erbe der Bush-Administration in der

Auch wenn die neue Regierung nicht müde wird, den Wechsel im Weißen Haus anhand symbolischer Gesten zu betonen und die Republikaner nach neuen Führungsfiguren und Inhalten suchen, wäre es voreilig, die Ära Bush bereits zu Grabe tragen zu wollen.

sich zunehmend polarisierenden parteipolitischen Auseinandersetzung in den Vereinigten Staaten an die Seite gedrängt und allgemein als Belastung wahrgenommen wird, so hat Bush durchaus Erfolge gehabt, die drohen, allzu leicht in Vergessenheit zu geraten. Die Prinzipien, die insbesondere die amerikanische Außenpolitik in seiner Regierungszeit geleitet haben, werden auch in Zukunft noch von großer Bedeutung sein. Die Nachbeben der geradezu tektonischen Veränderungen, die die Politik seiner Administration im Nahen und Mittleren Osten ausgelöst hat, werden sich in ihrem vollen Ausmaß erst noch zeigen und sind durchaus dazu angelegt, das Projekt einer neokonservativ geprägten Außenpolitik zu rehabilitieren. Sollte sich die Lage im Irak weiter stabilisieren, sind weitere positive Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten zu erwarten. Die Afrikapolitik der Regierung Bush junior ist eine weitgehend unbeachtet gebliebene Erfolgsgeschichte, die den Status Amerikas in Sub-Sahara-Afrika auf Jahre hinaus verbessert hat. Und nicht zuletzt die Asienpolitik von George W. Bush muss als großer Erfolg gewertet werden: Die Beziehungen zu China und Indien sind nicht nur in einem besseren Zustand als je zuvor in der Geschichte der Vereinigten Staaten, sie sind auch das Fundament für die Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Zusammen betrachtet, könnte das Urteil über die Ära Bush in wenigen Jahren deutlich wohlwollender ausfallen als unter seinen Zeitgenossen. Doch diese Erfolge könnten kaum in einem stärkeren Kontrast zur gegenwärtigen Wahrnehmung der Bush-Administra-

tion stehen. Fast ein Jahr, nachdem mit Barack Obama ein neuer Präsident ins Weiße Haus eingezogen ist, bietet sich die Gelegenheit, Erfolge und Misserfolge der Bush-Jahre abzuwägen, sich an einer Bilanz zu versuchen und zu fragen, was das historische Erbe der Administration des letzten US-Präsidenten ausmachen wird.

DER KRIEG GEGEN DEN TERROR UND DIE BUSH-DOKTRIN

Kein anderes Ereignis hat die Bush-Jahre so geprägt wie der 11. September 2001. Doch die Konfrontation zwischen islamistischen Terrororganisationen und den Vereinigten Staaten reicht weiter zurück und erreicht einen ersten Höhepunkt mit den Angriffen der Al-Qaida auf die amerikanischen Botschaften in Dar-es-Salaam und Nairobi im Jahr 1998. Allerdings fiel die amerikanische Reaktion auf diese Anschläge mit sehr begrenzten Vergeltungsangriffen auf Ausbildungslager der Al-Qaida in Afghanistan und eine Fabrik im Sudan

sehr zurückhaltend aus. Die Anschläge auf das Pentagon und das World Trade Center, die Zentren der amerikanischen ökonomischen und militärischen Macht, mussten die Vereinigten Staaten aber endgültig als Kriegserklärung verstehen. Die Bush-Administration gelangte schnell zu der Überzeugung, dass sie den Krieg gegen den Terror nur würde gewinnen können, wenn sie auch die strukturellen Ursachen des Terrorismus beseitigen würde. Doch während in Europa viele Beobachter der Überzeugung

Die Anschläge auf das Pentagon und das World Trade Center, die Zentren der amerikanischen ökonomischen und militärischen Macht, mussten die Vereinigten Staaten aber endgültig als Kriegserklärung verstehen. Die Bush-Administration gelangte schnell zu der Überzeugung, dass sie den Krieg gegen den Terror nur würde gewinnen können, wenn sie auch die strukturellen Ursachen des Terrorismus beseitigen würde.

waren, die Vereinigten Staaten seien auch auf Grund einer gescheiterten Nahostpolitik zum Angriffsziel geworden,² kam die amerikanische Regierung zu einem anderen Schluss: In ihren Augen galten die Anschläge vom 11. September als Angriff auf das Wesen der Vereinigten Staaten, ihren Pluralismus, ihre Demokratie und ihre Freiheit.³ Sie wurden, demzufolge, nicht angegriffen für das, was sie taten, sondern für das, was sie waren: der Leuchtturm der Freiheit in der Welt, die sprichwörtliche *city upon the hill*.

2 | Vgl. Christopher Layne, „America’s Middle East Grand Strategy after Iraq: The Moment for Offshore Balancing has Arrived“, in: *Review of International Studies*, 35 (2009), 1, S. 5–25, hier S. 21.

3 | Vgl. Norman Podhoretz, *World War IV. The Long Struggle Against Islamofascism*, New York: Doubleday, 2007.

Doch der Krieg war ihnen nicht durch einen Staat, sondern eine Terrororganisation erklärt worden und dies stellte die Administration vor ein Dilemma. Denn das Völkerrecht kennt eigentlich nur den klassischen, zwischenstaatlichen Krieg. Zwar konnte mit dem Feldzug gegen die Taliban in Afghanistan der Staat bekämpft werden, in dem Al-Qaida sich lange zu Ausbildungszwecken hatte zurückziehen können. Doch weder konnte Al-Qaida allein auf diese Weise endgültig geschlagen noch konnten die strukturellen Ursachen des islamistisch motivierten Terrorismus durch diesen Feldzug beseitigt werden. Die amerikanische Regierung suchte daher nach einer neuen Doktrin und schien diese bald gefunden zu haben: Staaten, die den Terrorismus unterstützen, autokratisch regiert werden und bereit sind, Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme zu verbreiten, wurden als Gegner identifiziert. Gleichzeitig stellte die Administration aber auch klar, dass die eigentliche strukturelle Ursache des Terrorismus im Mangel an demokratischen Partizipationsmöglichkeiten in arabischen Gesellschaften zu finden ist. An dieser Interpretation hielt die Administration bis zum Ende ihrer Amtszeit fest: Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von 2006 etwa erklärte, dass „das Überleben der Freiheit von der Freiheit außerhalb der Vereinigten Staaten abhängt“⁴. Anders ausgedrückt: Die so genannten Schurkenstaaten bildeten die konkrete sicherheitspolitische Herausforderung. Um die strukturellen Ursachen des Terrorismus zu beseitigen, waren Demokratie und Freiheit in die Region zu bringen, in denen islamistische Terrororganisationen offenbar ihre Unterstützung fanden.

Zwar konnte mit dem Feldzug gegen die Taliban in Afghanistan der Staat bekämpft werden, in dem Al-Qaida sich lange zu Ausbildungszwecken hatte zurückziehen können. Doch weder konnte Al-Qaida allein auf diese Weise endgültig geschlagen noch konnten die strukturellen Ursachen des islamistisch motivierten Terrorismus durch diesen Feldzug beseitigt werden.

Allerdings ist dem Vorhaben, die Demokratie im Mittleren Osten zu verbreiten, wahlweise mit Zynismus und dem Vorwurf der Naivität begegnet worden: Entweder wurde das Motiv der Demokratisierung von den Kritikern der amerikanischen Regierung verworfen und auf wirtschaftliche Interessen als eigentliche Motivation amerikanischer Außenpolitik hingewiesen. Oder es wurde der amerikanischen Regierung vorgehalten, dass nur ihr Mangel an kultureller und historischer Sen-

4 | The President of the United States, *The National Security Strategy of the United States of America*, Washington: White House, 2006, S. 3 (Übersetzung durch den Autor).

sibilität zu der Fehlannahme führen konnte, die Länder im Mittleren Osten seien überhaupt zu demokratisieren.⁵ Unabhängig von der Frage, ob der Irak als bestmöglicher Ort angesehen werden kann, um eine Demokratie im Mittleren Osten zu etablieren, begann die Regierung Bush einen schweren Fehler, als sie den Feldzug gegen Saddam Hussein mit dem Verweis auf Massenvernichtungswaffen zu rechtfertigen versuchte. Schon 2004 kritisierte Thomas Barnett, dass die Vereinigten Staaten sich schwer taten, die Notwendigkeit eines Krieges zu erklären, und führte dies darauf zurück, dass es der Administration nicht gelungen war, das Ziel des Krieges, die Vision für eine Nachkriegsordnung überzeugend darzustellen, zu erklären.⁶

DIE AUSSTRAHLUNGSKRAFT DER BUSH-DOKTRIN IM GREATER MIDDLE EAST

Neben der Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein hatte der Irak-Krieg auch immer ein regionales Ziel. Um die Grundwerte der Vereinigten Staaten zu verteidigen, setzte man sich zum Ziel, die eigene Demokratie zu exportieren. Nur so war man der Meinung, würden sich auch die strukturellen Ursachen des Terrorismus beseitigen lassen, die von der Regierung Bush eben im Mangel an Demokratie und Freiheit im Mittleren Osten verortet wurden. Der Konflikt bekam damit einen strukturellen, geradezu systemischen Charakter. Die irakische Demokratie sollte werden, was die Vereinigten Staaten nach ihrer Gründung selbst waren: Ein Leuchtfeuer der Freiheit in einem Meer autokratisch regierter Staaten, dessen Beispiel andere Gesellschaften in der Region früher oder später folgen würden.⁷

5 | Gegen diese Vorstellung hatte sich allerdings schon der deutsch-iranische Intellektuelle Navid Kermani im Jahr 2005 gewandt. Vgl. Navid Kermani, *Strategie der Eskalation. Der Nahe Osten und die Politik des Westens*, Göttingen: Wallstein, 2005, S. 57.

6 | Vgl. Thomas P. M. Barnett, *The Pentagon's New Map. War and Peace in the Twenty-First Century*, New York: Berkley Trade, 2004, S. 178.

7 | Vgl. zur Diskussion um das liberale Erbe der Bush-Administration den Aufsatz von Eric A. Heinze, „The New Utopianism: Liberalism, American Foreign Policy, and the War in Iraq“, in: *Journal of International Political Theory*, 4 (2008), 1, S. 105–125; Adam Quinn, „The Deal: The Balance of Power, Military Strength, and Liberal Internationalism in the Bush National Security Strategy“, in: *International Studies Perspectives*, 9 (2008), 1, S. 40–56; Ian Buruma, „Gelobt sei, was hart macht. Der ‚Vierte Weltkrieg‘ des Norman Podhoretz“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Dezember 2007, S. 1457–1470.

Diese Hoffnungen schienen sich zunächst auch zu realisieren: Die so genannte Zedernrevolution im Libanon, die neben dem Rückzug Syriens aus dem Levante-Staat auch nach demokratischen Wahlen verlangte, und das offenkundige Bestreben Libyens, aus der internationalen Isolation auszubrechen, schienen die These von der regionalen Ausstrahlungskraft bereits kurz nach dem Sturz Saddam Husseins zu bestätigen. Und nicht zuletzt unterstrich die hohe Wahlbeteiligung der Iraker in den Wahlen nach dem Ende des Saddam-Regimes den offenbar auch in arabischen Gesellschaften vorhandenen Wunsch nach demokratischer Partizipation.

Doch die reaktionären Kräfte in der Region konnten sich einem demokratischen Erdrutsch in der Region entgegenstemmen. Die Bush-Administration lieferte mit der offenkundigen Unfähigkeit, die Transformation im Irak zu begleiten und die Nachkriegssituation zu befrieden, dazu unfreiwillig Schützenhilfe.⁸ Erst die von Präsident Bush bereits gegen erheblichen innenpolitischen Widerstand angeordnete Truppenaufstockung im Rahmen des so genannten *surge* konnte das Blatt im Irak wenden und half, dem Projekt eines demokratischen Staates im Herzen des Mittleren Ostens neue Kraft zu verleihen.⁹ Die damit erreichte Beruhigung der Lage hat der noch jungen irakischen Demokratie Zeit zur Konsolidierung verschafft und dem Land einen wirtschaftlichen Aufbruch ermöglicht. Damit ist der Irak trotz aller noch ungelösten Probleme heute freier als viele andere Staaten in der Region.

Die reaktionären Kräfte in der Region konnten sich einem demokratischen Erdrutsch in der Region entgegenstemmen. Die Bush-Administration lieferte mit der offenkundigen Unfähigkeit, die Transformation im Irak zu begleiten und die Nachkriegssituation zu befrieden, dazu unfreiwillig Schützenhilfe.

Vor diesem Hintergrund fragte der amerikanische Historiker Victor Davis Hanson schon im Juli 2008, welche positiven Rückschlüsse sich aus der Politik der Bush-Administration

8 | Vgl. zu den Fehlern der Vereinigten Staaten in der Nachkriegssituation im Irak Peter Faber und Carlo Masala, „Lektionen aus dem Irak Krieg“, in: *Internationale Politik*, März 2005, S. 88–95; Larry Diamond, „What Went Wrong in Iraq?“, in: *Foreign Affairs*, Mai 2004, S. 34–56. Dagegen hält Hanson fest, dass gerade zu Beginn eines Krieges Fehler unvermeidlich, gar notwendig sind und die Vereinigten Staaten mit dem *surge* die richtigen Lehren daraus gezogen haben. Vgl. Victor Davis Hanson, „Versagen, Fehler, Inkompetenz. Von der Realität des Krieges“, in: *Merkur*, Juni 2008, S. 485–498.

9 | Vgl. dazu Robin Schroeder, „Die Entwicklung der Sicherheitslage im Irak – Grund zur Hoffnung?“, in: Joachim Krause und Kristina Eichhorst (Hrsg.), *Jahrbuch Terrorismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 2008, S. 59–88.

noch ergeben würden.¹⁰ Eine Frage, die mit jedem Monat, in dem der Irak sich stabilisiert, virulenter wird. Mit Blick auf den benachbarten Iran wird das besonders deutlich: Noch vor acht Jahren galt der Iran im Vergleich mit anderen Staaten der Region als äußerst freier Staat. Iranische Bürger genossen mehr Freiheiten, als die Bürger Saudi-Arabiens oder Ägyptens. Der Druck auf das iranische Regime, signifikante Reformen durchzuführen, ermöglichte es dem Land, zu einem wichtigen Akteur in der Region aufzusteigen.

Mit dem Sturz Saddams und dem sich entfaltenden Chaos im Irak schien sich der Aufstieg des Iran zum regionalen Hegemon sogar noch zu beschleunigen und Teheran galt mithin als der eigentliche Gewinner des Irak-Krieges.

Mit dem Sturz Saddams und dem sich entfaltenden Chaos im Irak schien sich der Aufstieg des Iran zum regionalen Hegemon sogar noch zu beschleunigen und Teheran galt mithin als der eigentliche Gewinner des Irak-Krieges. Umso besorgter muss das iranische Regime nun auf jede Stabilisierung im Irak blicken:

Eine schiitisch dominierte Demokratie im Nachbarland wirft im Iran schnell die Systemfrage auf. Schiitische Religionsgelehrte formulieren im Irak Alternativen zum iranischen System der islamischen Rechtsgelehrten und treten offen für Pluralismus und Freiheit ein. Mit Ajatollah Ali al-Sistani, der sich zur Demokratie bekannt und die religiöse Autorität des iranischen Revolutionsführers herausgefordert hat, besetzt heute ein irakischer Schiit das höchste geistliche Amt im schiitischen Islam.¹¹ Fast sieben Jahre nach dem Einmarsch der Vereinigten Staaten in den Irak gelten heute die Iraker politisch freier als ihre Nachbarn im Iran. Die iranischen Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 haben deutlich gemacht, wie hoch der systemische Druck auf das Land bereits geworden ist; eine Entwicklung, die durch den Irak-Krieg und die seit zwei Jahren voranschreitende Demokratisierung des Irak

Dass das iranische Regime überhaupt Wahlen fälschen musste, in denen nur Kandidaten antraten, die es vorher selbst ausgewählt hatte, macht deutlich, wie sehr die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regime zugenommen hat und wie stark der systemische Druck auf das Regime geworden ist.

katalysiert wurde. Dass das iranische Regime überhaupt Wahlen fälschen musste, in denen nur Kandidaten antraten, die es vorher selbst ausgewählt hatte, macht deutlich, wie sehr die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regime zugenommen hat und wie stark der systemische Druck auf das Regime geworden ist. Die sich darin andeutende strukturelle Wirkung

10 | Vgl. Victor Davis Hanson, „What If Iraq Works?“, in: *RealClearPolitics*, 31. Juli 2008, http://www.realclearpolitics.com/articles/2008/07/what_if_iraq_works.html [25.11.2009].

11 | Vgl. Babak Rahimi und Elham Gheytauchi, „Iran’s Reformists and Activists: Internet Exploiters“, in: *Middle East Policy*, 15 (2008), 1, S. 46–59.

der Bush-Doktrin wird aber gerade aus europäischer und deutscher Perspektive heraus nicht als positiv wahrgenommen: Selbst wenn diese strukturverschiebende Wirkung anerkannt wird, so rechtfertigt sie in den Augen deutscher Kommentatoren nicht den Völkerrechtsbruch des Irak-Kriegs. Zudem, so der zweite Einwand aus deutscher Perspektive, stehe das Ziel der Demokratieförderung bzw. -verbreitung in keinem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Opfer, die der Krieg gefordert hat.

Im Mittleren Osten ist die Bilanz der Bush-Jahre somit durchwachsen: Der Krieg im Irak scheint zwar im Sinne der Vereinigten Staaten entschieden worden zu sein, aber ob das demokratische Experiment im Irak Bestand haben wird, ist trotz aller positiven Anzeichen noch offen. Kritisch aber muss besonders der Krieg in Afghanistan in die Betrachtung miteinbezogen werden: Denn der war alles andere als beendet, als sich die Bush-Administration zum Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein entschied. Noch bevor die Nachkriegssituation in Afghanistan stabilisiert worden war und die neuen afghanischen Institutionen den notwendigen Rückhalt gewonnen hatten, begannen die Vereinigten Staaten den Krieg im Irak. Das sollte sich als strategischer Fehler herausstellen: Nicht nur begann die Lage im Irak die schon seit 2005 zunehmenden Probleme in Afghanistan zu überschatten, die ungelösten Probleme in Afghanistan trugen auch zu einer zeitweiligen Überdehnung des amerikanischen Militärs bei. Das starke Engagement im Irak machte es zudem für die Administration schwierig, in Afghanistan effektiv gegenzusteuern, ihr fehlten dafür vor allem die Mittel. Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass der Krieg gegen den Terror zwar in das achte Jahr geht, aber im Vergleich zum Kalten Krieg noch relativ jung ist. Richard Haass hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Strategie des *containment*, mit der die Vereinigten Staaten die Sowjetunion im Kalten Krieg besiegt haben, letztlich auch eine Strategie des Regimewechsels war und immerhin vierzig Jahre benötigt hat, um den historischen Triumph über den Kommunismus zu ermöglichen.¹² Heute gilt sie aber unumstritten als

Das starke Engagement im Irak machte es zudem für die Administration schwierig, in Afghanistan effektiv gegenzusteuern, ihr fehlten dafür vor allem die Mittel. Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass der Krieg gegen den Terror zwar in das achte Jahr geht, aber im Vergleich zum Kalten Krieg noch relativ jung ist.

12 | Vgl. Richard Haass, „Regime Change and its Limits“, in: *Foreign Affairs* (Juli/August 2005), S. 66–78, hier S. 68.

richtig, weitsichtig und erfolgreich. Es ist, anders formuliert, zu früh, um Erfolg oder Misserfolg der Bush-Doktrin beurteilen zu wollen. Aber die iranischen Präsidentschaftswahlen zeigen die ersten Risse in den Fassaden autokratischer Systeme im Mittleren Osten, die durch die tektonischen Veränderungen, die die praktische Umsetzung der Bush-Doktrin verursacht hat, ausgelöst wurden.

DIE STELLUNG AMERIKAS IN AFRIKA

Aber auch außerhalb des Mittleren Ostens kann die amerikanische Regierung unter George Bush auf Erfolge verweisen. So hat sie die Vereinigten Staaten nach Jahren der Zurückhaltung in Sub-Sahara-Afrika wieder zu einem wichtigen und geschätzten Partner auf dem Subkontinent gemacht. In der Amtszeit seines Vorgängers Bill Clinton hatten sich die Vereinigten Staaten in Folge des gescheiterten UN-Einsatzes in Somalia und des damit verbundenen Scheiterns der *neuen Weltordnung* weitgehend aus Afrika zurückgezogen. Clinton, der den Einsatz in Somalia selbst von seinem Vorgänger geerbt hatte, unterschrieb nach dem Ende der Intervention die *Presidential Decision Directive 25*, in der er festlegte, dass die Vereinigten Staaten nur noch in Konflikten eingreifen würden, in denen das eigene nationale Interesse berührt sei. So erklärt sich auch, dass die Vereinigten Staaten das Massaker in Ruanda weitgehend unbeachtet ließen.¹³ Gleichzeitig begann das amerikanische Außenministerium mit der Verringerung seiner Präsenz in Afrika, dünnte die Personaldecke in den Botschaften auf dem afrikanischen Kontinent aus und realisierte damit einen Teil der vermeintlichen Friedensdividende, die durch das Ende des Kalten Krieges greifbar geworden zu sein schien. Im amerikanischen Kongress setzten sich zeitgleich die Stimmen durch, die eine Verringerung der Entwicklungshilfe und eine stärkere Bindung der Entwicklungshilfe an Standards guter Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte forderten.

Den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Afrika versuchte Clinton durch handels- und sicherheitspolitische Maßnahmen aufzufangen. So führte seine Administration die *African Crisis*

13 | Vgl. Thomas G. Weiss, Walter Clarke und Jeffrey Herbst (Hrsg.), *Learning from Somalia. The Lessons of Armed Humanitarian Intervention* (Boulder: Westview Press, 1997), S. 207–228, hier S. 207 f.

Response Initiative (ACRI)¹⁴ ein, um afrikanische Armeen auszubilden und in die Lage zu versetzen, selbst friedenserhaltende Missionen durchzuführen. Gleichzeitig sollte der erst im Jahr 2000 verabschiedete *Africa Growth and Opportunity Act* (AGOA)¹⁵ jenen afrikanischen Staaten erleichterten Zugang zum amerikanischen Markt ermöglichen, die sich an Standards guter Regierungsführung orientierten und marktwirtschaftliche Reformen durchführten. Beide Maßnahmen waren weniger Produkt eines kohärenten Politikansatzes, sondern sollten die Aufgabe ordnungspolitischen Engagements der Vereinigten Staaten in Afrika abfedern. Unter dem Kurs von George W. Bush wurde dieser Ansatz ausgebaut. Beide Programme wurden erheblich ausgeweitet und zu Pfeilern der amerikanischen Afrikapolitik erhoben. Dem lagen auch sicherheitspolitische Motive zu Grunde, da die US-amerikanische Regierung fürchtete, dass eine der Frontlinien im Krieg gegen den Terror durch Afrika verlaufen würden. Dass die Länder in der ostafrikanischen Küstenregion und die ohnehin muslimisch geprägten Länder in der Sahel-Zone Einfallstore für Al-Qaida bieten könnten, hatten die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 und die Angriffe der Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) auf Regierungseinrichtungen der Staaten in Nordwestafrika bereits gezeigt. Vor diesem Hintergrund begannen die Vereinigten Staaten ihre Kooperationsprogramme mit afrikanischen Staaten zu intensivieren. Die *Pan-Sahel-Initiative* (PSI) und deren Nachfolgeprogramm *Trans-Sahara Counterterrorism Initiative* (TSCTI) nahmen die Idee der Ausbildungshilfe für afrikanische Militärs auf und sollten den Staaten in der Region helfen, ihr Territorium effektiv zu kontrollieren und islamistischen Terrororganisationen den Bewegungsfreiraum zu nehmen. Gleichzeitig wurde die *African Crisis Response Initiative* ausgeweitet und in die *Afri-*

Die *Pan-Sahel-Initiative* (PSI) und deren Nachfolgeprogramm *Trans-Sahara Counterterrorism Initiative* (TSCTI) nahmen die Idee der Ausbildungshilfe für afrikanische Militärs auf und sollten den Staaten in der Region helfen, ihr Territorium effektiv zu kontrollieren und islamistischen Terrororganisationen den Bewegungsfreiraum zu nehmen. Gleichzeitig wurde die *African Crisis Response Initiative* ausgeweitet und in die *African Contingency Operations Training and Assistance-Mission* (ACOTA) überführt.

14 | Vgl. Eric G. Berman, „Recent Developments in US Peacekeeping Policy and Assistance to Africa“, 13 (2004), 2, S. 133–136; Nene Mburu, „Africa Crisis Response Initiative: Its Workability as a Framework for Conflict Prevention and Resolution“, in: *Online Journal of Peace and Conflict Resolution*, Sommer 2003, S. 77–89.

15 | Vgl. zum Beispiel Carol B. Thompson, „US Trade with Africa: African Growth and Opportunity?“, *Review of African Political Economy*, 31, 101/2004, S. 457–474.

can Contingency Operations Training and Assistance-Mission (ACOTA) überführt. Dieser organisatorische Wildwuchs machte deutlich, dass Afrika zwar auf die strategische Landkarte der Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, aber deutlich mehr Koordination zwischen den Programmen und Ministerien in den Vereinigten Staaten notwendig war, um fruchtbare Ergebnisse zu erzielen. Die Bush-Administration erweiterte diese Programme daher um zum Teil erhebliche entwicklungspolitische Komponenten, konsolidierte und institutionalisierte diese in einem eigenen *Africa Command* (AFRICOM) im Pentagon.¹⁶ Dessen entwicklungspolitische Komponente drückt sich schon darin aus, dass einer der stellvertretenden Kommandoposten durch das State Department besetzt und das amerikanische Entwicklungsprogramm, die *US Agency for International Development* (USAID), mit eigenem Personal an der Arbeit des AFRICOM beteiligt wurde. Dennoch werfen Kritiker der Bush-Administration vor, dass gerade die sicherheitspolitische Komponente zu einer Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik in Afrika geführt habe und der Fokus auf die militärischen Ausbildungsprogramme letztlich dem Ziel einer demokratischen Konsolidierung im Wege steht. Besonders harsch fällt die Kritik an der amerikanischen Afrikapolitik aber aus energiepolitischer Perspektive aus: Die Vereinigten Staaten planen bis 2025 einen Großteil des Öls, das sie aus dem Mittleren Osten importieren, mit Importen aus der Region am Golf von Guinea zu ersetzen. Das verlängert, so die Befürchtung, in vielen westafrikanischen Volkswirtschaften die ökonomisch ungesunde Abhängigkeit von Rohstoffexporten zum Nachteil anderer Wirtschaftszweige. Gleichzeitig ermöglicht der Rohstoffexport es den Regimen in der Region, allen voran Äquatorial-Guinea, Gabun und Angola, demokratische und marktwirtschaftliche Reformen hinauszuzögern, da ihr Status als Rohstoffexporteure sie immun macht gegen Kritik und die Einnahmen den Druck auf die Entwicklung der Wirtschaft und eines effektiven Steuersystems nehmen.

Allerdings begann die Bush-Administration das Handelsprogramm AGOA, das ursprünglich 2008 hätte auslaufen sollen, zu einem zweiten vollwertigen Pfeiler amerikanischer Afrikapolitik auszubauen. Im Jahr 2004 wurde das Programm deutlich verlängert, dessen Reichweite vergrößert und schließlich

16 | Vgl. Dustin Dehéz, „Ein Kommando für Afrika“, in: *Internationale Politik*, Dezember 2007, S. 78–83.

im Jahr 2006 um Investmentanreize erweitert. Inzwischen genießen mehr als vierzig afrikanische Staaten den erleichterten Zugang zum amerikanischen Markt und nicht wenige afrikanische Volkswirtschaften können einen Großteil ihrer Exporterfolge auf dieses Programm zurückführen. Die zunehmende Bedeutung Westafrikas als Rohstoffquelle für die amerikanische Volkswirtschaft wird so zumindest teilweise abgefedert und die Handelsbeziehungen werden nicht auf den Rohstoffhandel reduziert. Doch neben sicherheits- und wirtschaftspolitischen Programmen hat die Regierung Bush auch die klassische Entwicklungspolitik wiederbelebt. Hatten die Entwicklungshilfeausgaben Amerikas zu Beginn seiner Amtszeit nur zehn Milliarden US-Dollar betragen, so wurden die Ausgaben während der Amtszeit von George W. Bush auf mehr als 22 Milliarden US-Dollar verdoppelt.¹⁷ In seiner Amtszeit prägte Bush die Entwicklungshilfe vor allem durch die klare Konzentration auf die Bekämpfung von HIV/AIDS. *The United States President's Emergency Plan for AIDS Relief* (PEPFAR) ist das größte Programm zur Bekämpfung einer einzelnen Pandemie, das jemals von einer Nation aufgelegt wurde, und hat durch den erleichterten Zugang zu lebensverlängernden Medikamenten die Sterberaten in afrikanischen Empfängerländern um bis zu zehn Prozent verringert. Auch wenn dieses Programm mit ideologisch motivierten Auflagen verknüpft ist, etwa der Unterstützung der Präventionsstrategie sexueller Abstinenz, so hat es die Lebensumstände in einigen besonders hart von der Krankheit betroffenen Ländern doch nachhaltig verbessert. Mit AFRICOM, AGOA und einer intensivierten Entwicklungshilfe ruht die Afrikapolitik seit der Administration von George W. Bush auf drei Pfeilern, die einander gut ergänzen und Amerikas Stellung in Afrika nachhaltig verbessert haben.

Neben sicherheits- und wirtschaftspolitischen Programmen hat die Regierung Bush auch die klassische Entwicklungspolitik wiederbelebt. Hatten die Entwicklungshilfeausgaben Amerikas zu Beginn seiner Amtszeit nur zehn Milliarden US-Dollar betragen, so wurden die Ausgaben während der Amtszeit von George W. Bush auf mehr als 22 Milliarden US-Dollar verdoppelt.

DIE STÄRKUNG DER ASIATISCHEN ALLIANZEN UND DER AUFSTIEG DER ANDEREN

Wie schon im Falle amerikanischer Afrikapolitik täuscht der starke Fokus auf den Mittleren Osten auch über ein anderes

17 | Vgl. J. Brian Atwood, M. Peter McPherson und Andrew Natsios, „Arrested Development. Making Foreign Aid a More Effective Tool“, in: *Foreign Affairs*, November/Dezember 2008, S. 123–132, hier S. 123.

wesentliches Feld amerikanischer Außenpolitik hinweg. Amerika ist ebenso eine pazifische wie es eine atlantische Macht ist. Das wurde bereits zehn Wochen nach der Amtseinführung von George W. Bush deutlich, als im April 2001 ein Aufklärungsflugzeug der US-Navy mit einem chinesischen Abfangjäger kollidierte und gezwungen war, in China notzulanden. Die amerikanische Besatzung wurde erst in die Heimat entlassen, nachdem die amerikanische Regierung sich bei der chinesischen offiziell entschuldigte. Der so genannte Hainan Island-Zwischenfall sorgte nicht nur für eine ernsthafte Belastung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses, sondern war auch die erste außenpolitische Belastungsprobe für die Regierung Bush. In den Augen vieler Beobachter verfestigte sich seinerzeit der Eindruck, dass die Krise als Overtüre für neuerliche Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China angesehen werden könnte. Selbst innerhalb der Bush-Administration wurden Stimmen laut, die vor einer strategischen Konkurrenz zwischen China und den USA warnten.

Der Kontrast zum Ende seiner Amtszeit hätte kaum stärker ausfallen können: Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen waren Ende des Jahres 2008 so gut wie niemals zuvor.¹⁸ Selbst der Irak-Krieg konnte die chinesisch-amerikanischen Beziehungen nicht belasten, denn aus chinesischer Sicht markierte der Kosovo-Krieg den entscheidenden Bruch im Völkerrecht in den vergangenen zehn Jahren. Und auch Bushs Vorgänger Bill Clinton hatte in den Augen Chinas bereits eine unilaterale Außenpolitik betrieben und internationale Organisationen nur selten in seine Außenpolitik eingebunden.¹⁹ Die Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen ist aus zwei Gründen bemerkenswert: Erstens ist es der amerikanischen Regierung gelungen, die Beziehun-

18 | So lobt selbst Fareed Zakaria die Bush-Regierung: „Mit Blick auf Asien hat die Regierung Bush ausgezeichnete Arbeit geleistet.“ Vgl. Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, Bonn: Siedler, 2008, S. 274. Kritische Stimmen bemerken, dass eine weitere Verbesserung der amerikanischen-chinesischen Beziehungen an den unterschiedlichen Interessen scheitern müsste. Vgl. Elizabeth C. Economy und Adam Segal, „The G-2 Mirage. Why the United States and China are not Ready to Upgrade Ties“, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2009, S. 14–23, hier S. 15–16.

19 | Vgl. Joshua Kurlantzick, *Charm Offensive. How China's Soft Power is Transforming the World*, New Haven und London: Yale University Press, 2007, S. 33.

gen zu den anderen asiatischen Staaten auszubauen. Die Beziehungen zu Japan sind ebenso robust wie die zu Südkorea, was sich nicht zuletzt darin manifestiert, dass beide Staaten sich auf der Seite der Vereinigten Staaten am Krieg gegen den Terror beteiligt haben. Hier haben sich die besseren Beziehungen niedergeschlagen in harter sicherheitspolitischer Hilfe für die USA. Anders gewandt: Der Bush-Regierung ist es gelungen, den bilateralen Spannungen innerhalb Asiens zum Trotz die Beziehungen zu den asiatischen Partnern zu verbessern. Zweitens bot sich der Bush-Regierung mit der unberechenbar und aggressiv agierenden Nuklearmacht Nordkorea eine schwierige sicherheitspolitische Herausforderung in Asien. Die amerikanische Regierung hat schnell auf eine multilaterale Lösung im Atomstreit mit Nordkorea gesetzt und die so genannten Sechs-Parteien-Gespräche zum Mittel der Konflikteinhegung gemacht. Das hatte nicht nur den Vorzug, eine direkte Auseinandersetzung zwischen Nordkorea einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits zu vermeiden, sondern erlaubte es der Bush-Administration auch, gegenüber der Volksrepublik China deutlich zu machen, dass deren Rolle als regionale Ordnungsmacht zu beiderseitigem Nutzen sein kann. Und diese Botschaft ist in Beijing keineswegs verloren gegangen. Das Vorgehen in Nordkorea zeigt aber auch, dass die Rede von der Achse des Bösen nicht mit amerikanischer Politik während der Bush-Jahre gleichgesetzt werden sollte. Denn der Umgang mit Iran, Irak, Nordkorea und Libyen hätte unterschiedlicher nicht ausfallen können. Tatsächlich wurde die Bush-Regierung für ihre Asienpolitik durchaus kritisiert, die Kritik kam aber vor allem von konservativer Seite: China gegenüber sei die Regierung sehr zuvorkommend gewesen und da Nordkorea während seiner Amtszeit keine vollständige nukleare Abrüstung vorgenommen hat, gilt auch der multilaterale Verhandlungsweg mit Nordkorea in außenpolitisch besonders konservativen Kreisen als gescheitert.

Der Bush-Regierung ist es gelungen, den bilateralen Spannungen innerhalb Asiens zum Trotz die Beziehungen zu den asiatischen Partnern zu verbessern.

Allerdings zeigt die amerikanische Asienpolitik auch, dass der an die Bush-Administration gerichtete Vorwurf, die Mittel der so genannten *soft power*, also kulturelle und humanitäre Mittel der Außenpolitik, vollständig vernachlässigt zu haben,

20 | Vgl. hierzu: Joseph S. Nye, „The Decline of America’s Soft Power. Why Washington Should Worry“, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2004, S. 16–20.

nicht uneingeschränkt zutrifft.²⁰ Denn die amerikanische Hilfe nach dem verheerenden Tsunami in Südostasien im Dezember 2004 hat, ebenso wie die schnelle Hilfe nach dem Erdbeben in Pakistan im Oktober 2005, gezeigt, dass die amerikanische Regierung es sehr wohl verstand, auch mit humanitären Mitteln das eigene Ansehen zu verbessern. Zusammengenommen zeigen diese Entwicklungen, dass die Vereinigten Staaten Ostasien alles andere als vernachlässigt haben. Oder anders formuliert: In den Jahren der Bush-Regierung ist Asien zu einem sichereren Ort geworden und haben bilaterale Spannungen abgenommen. Allerdings bleibt Nordkorea auch für die neue Administration eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung und dem Verhältnis zu China muss auch in Zukunft viel Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der größte Erfolg der Regierungszeit Bushs aber hat weder mit dem Erfolg im Irak noch mit seiner China- oder Afrikapolitik zu tun. Das 21. Jahrhundert wird nicht nur ein pazifisches, sondern vor allem auch ein Jahrhundert des Indischen Ozeans sein, und vor diesem Hintergrund kann Indien als eine der nächsten globalen Mächte bereits identifiziert werden. Der Aufstieg Chinas und Indiens ist vielleicht die bedeutendste Transformation des 21. Jahrhunderts, er wird die internationalen Gewichte nachhaltig verschieben und die gegenwärtige internationale Ordnung herausfordern.²¹ Im Falle der Volksrepublik China ist das weniger bedeutsam, denn als eines der fünf dauerhaften Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist das politische Gewicht der Volksrepublik bereits institutionell anerkannt. Damit spiegelt die internationale Ordnung den tatsächlichen Einfluss Chinas in der Welt bereits heute wider. Für Indien gilt dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht. In jeder Hinsicht ist Indien international unverhältnismäßig schwach abgebildet. Und langfristig erwächst daraus eine strukturelle Gefahr: Denn wenn Indien sich in der internationalen Sicherheitsarchitektur nicht willkommen fühlen sollte, ist der Anreiz größer, eine eigene, konkurrierende Ordnung zu entwickeln.²² Unter der Ägide Präsident Bushs haben die Vereinigten Staaten zwischen

21 | Vgl. Patrick Keller, „Primi inter Pares? Gestalten Amerika und China das 'Pazifische Jahrhundert'?“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, September 2009, S. 63–78.

22 | Vgl. Daniel W. Drenzer, „The New New World Order“, in: *Foreign Affairs*, März/April 2007, S. 34–46.

2005 und 2008 einen Vertrag über die nukleare Kooperation mit Indien abgeschlossen. Damit beendete die Bush-Administration nicht nur ein fast dreißig Jahre währendes Moratorium des Handels mit Nukleargütern mit Indien, sondern erkannte Indiens zukünftige Rolle als eine der wichtigsten globalen Mächte an. Auch wenn Kritiker bemängeln, dass der Vertrag die Bemühungen um die nukleare Nichtverbreitung untergräbt, so erkennen die Vereinigten Staaten mit diesem Vertrag auch an, dass Indien sein Nuklearprogramm verantwortungsvoll betrieben und nicht, wie etwa Pakistan oder Nordkorea, die Technologie weiter verbreitet hat.

Allerdings geben Kritiker auch zu bedenken, dass sich die Situation in Pakistan während der Regierungszeit Bushs zusehends verschlechtert habe und der Krieg in Afghanistan sich auf die pakistanische Region Waziristan ausweiten konnte. Da Pakistan sich in einem besonders labilen Zustand befindet und selbst Atommacht ist, gewinnt das Ziel der Non-Proliferation besondere Bedeutung und alle Verträge, die dieses Ziel unterminieren, wirken daher besonders problematisch. Gerade aus europäischer

Allerdings geben Kritiker auch zu bedenken, dass sich die Situation in Pakistan während der Regierungszeit Bushs zusehends verschlechtert habe und der Krieg in Afghanistan sich auf die pakistanische Region Waziristan ausweiten konnte. Da Pakistan sich in einem besonders labilen Zustand befindet und selbst Atommacht ist, gewinnt das Ziel der Non-Proliferation besondere Bedeutung und alle Verträge, die dieses Ziel unterminieren, wirken daher besonders problematisch.

Perspektive untergräbt der Atomvertrag mit Indien aber multilaterale Verabredungen, weshalb in den vergangenen Jahren Vorbehalte gegen den Vertrag vorgebracht wurden. Allerdings konnte die US-Regierung bedeutende Zugeständnisse Indiens erreichen: Nicht nur wurde der Internationalen Atomenergiebehörde der Zugang zu indischen Nuklearanlagen erleichtert, Indien hat sich auch in einem Moratorium dazu verpflichtet, seine Nuklearwaffentests zu verschieben.²³ Da die Bush-Administration zeitgleich mit der *Proliferation Security Initiative* (PSI) ihre Non-Proliferationsbemühungen intensiviert hat,²⁴ ist der amerikanischen Regierung der schwierige Balanceakt zwischen Anerkennung der zukünftigen Führungsrolle der Ordnungs- und Nuklearmacht Indien einerseits und der Non-Proliferation andererseits verhältnismäßig gut gelungen. Am Beispiel Indiens zeigt sich, wie die Vereinigten Staaten auf die Verschiebung der inter-

23 | Vgl. Jayshree Bajoria und Esther Pan, „The U.S. – India Nuclear Deal“, in: *Council on Foreign Relations Backgrounders*, 20. November 2009, <http://www.cfr.org/publication/9663/> [25.11.2009].

24 | Vgl. Peter Wehner, „Debating Bush’s Wars“, in: *Survival*, 50 (1/2008), S. 69–90, hier S. 70.

nationalen Gewichte bereits jetzt reagieren; eine Strategie, die Patrick Keller als *Embrace and Govern* beschrieben hat.²⁵

EINE SICHERERE WELT?

Die sich polarisierende parteipolitische Auseinandersetzung um die vielen innen- und wirtschaftspolitischen Reformprojekte der Obama-Administration lässt die zum Teil kaum weniger emotionalen Streitigkeiten um die Regierung Bush in den Hintergrund treten. Das hat auch einen bedeutenden Vorzug: Es erleichtert eine nüchterne Bilanz der Bush-Jahre, frei vom parteipolitischen Tagesgeschehen. Das darf nicht da-

Die Kursanpassung im Irak erfolgte erst, nachdem sich die Situation im Irak über Jahre deutlich verschlechtert hatte. Viel zu lange hielt Bush an seinem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fest, der die mangelnde Planung für einen Nachkriegsirak zu verantworten hatte; die mangelnden Fortschritte im Nahost-Friedensprozess und die Belastung der Beziehungen zu Russland gehören ebenso zum Erbe der Bush-Regierung wie der über Jahre vernachlässigte Afghanistan-Krieg.

rüber hinweg täuschen, dass die Bilanz der Amtszeit der Bush-Regierung durchaus gemischt ist. Die Kursanpassung im Irak erfolgte erst, nachdem sich die Situation im Irak über Jahre deutlich verschlechtert hatte. Viel zu lange hielt Bush an seinem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fest, der die mangelnde Planung für einen Nachkriegsirak zu verantworten hatte; die mangelnden Fortschritte im Nahost-Friedensprozess und die Belastung der Beziehungen zu Russland gehören ebenso zum Erbe der Bush-Regierung wie der über Jahre vernachlässigte Afghanistan-Krieg.

Ihren Kritikern zum Trotz kann die Regierung von George Bush aber vor allem auf einen Erfolg verweisen: Sie hat die Vereinigten Staaten und mit ihnen die Welt zu einem sichereren Ort gemacht. Auch wenn der Ausgang des Krieges in Afghanistan noch offen ist, so ist Al-Qaida längst nicht mehr so stark wie noch im Jahr 2001. Der Irak ist heute in den frühen Stadien einer bedeutenden Transformation, die, sollte sie gelingen, das außenpolitische Projekt der Regierung Bush zumindest teilweise rehabilitieren wird. Die regionale Ausstrahlungskraft einer Demokratie im Herzen des Mittleren Osten lässt sich nur erahnen; es kann aber als sicher gelten, dass der Druck auf demokratische Reformen in der Region eher

25 | Womit vor allem der Kontrast zur Strategie des *divide and rule* herausgestellt werden soll, mit der Großbritannien versuchte, seine Stellung in der Welt zu sichern, vgl. dazu Patrick Keller und Dustin Dehez, „Bush Got the Big Things Right“, in: *The Weekly Standard*, 16. Januar 2009, <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/016/014byqxz.asp> [10.11.2009].

zu- als abnehmen wird. Im Iran zeigen sich die ersten Verschiebungen, die die Bush-Doktrin bewirkt hat; die stark anti-amerikanische Ausrichtung des gegenwärtigen iranischen Regimes hat sich durch die Politik der Bush-Administration erheblich verfestigt. Zwar ist es der Regierung Bush auf beeindruckende Weise gelungen, mit China und Indien neue Mächte auf der Weltbühne einzubinden, allerdings bleibt es fraglich, ob allein auf Grundlage dessen das Erbe der Bush-Administration als positiv bezeichnet werden kann. Indien als Atommacht anzuerkennen und damit im Konzert der Weltmächte zu begrüßen, ohne dabei die wichtigen Beziehungen zur Volksrepublik China zu belasten, ist das wohl bedeutendste Erbe der Regierungszeit von George W. Bush und ein beeindruckender Erfolg von historischer Tragweite. Seine Administration hat die Weltordnung nachhaltig gestaltet und den Boden bereitet für den, in den Worten Fareed Zakarias, „Aufstieg der Anderen“ und eine neue globale Sicherheitsarchitektur, die amerikanische und westliche Werte auch in Zukunft widerspiegeln wird.²⁶ Dass diese signifikanten Erfolge in Europa bislang keine Anerkennung gefunden haben, liegt nicht zuletzt daran, dass George W. Bushs Amtszeit hier vor allem durch eine europäische Linse gesehen wird. In Europa wird die Regierungszeit von Bush vor allem mit dem Irakkrieg in Verbindung gebracht, der in Westeuropa einhellig abgelehnt wurde. Zudem sind die Einbeziehung Chinas und Indiens in Fragen der Weltpolitik für Europa zum gegenwärtigen Zeitpunkt von geringerem Interesse als für die Vereinigten Staaten selbst.

Nicht zuletzt, weil dies ein durchaus stabiles Fundament ist, sind die außen- und sicherheitspolitischen Absetzbewegungen der neuen Administration auch ein Jahr nach ihrem Amtsantritt eher schwach ausgefallen. Nur in drei Einzelfeldern hat die neue Administration ihre Position verändert: Der Umgang mit dem Gefangenenlager auf Guantánamo, die Aufgabe der Pläne für die Stationierung von Teilen des geplanten Raketenschildes in Polen und der Tschechischen Republik und die Rhetorik, mit der die neue Administration der arabischen Welt gegenübertritt, können als signifikante Veränderungen angesehen werden. Doch der Schließung Guantánamos

Der Umgang mit dem Gefangenenlager auf Guantánamo, die Aufgabe der Pläne für die Stationierung von Teilen des geplanten Raketenschildes in Polen und der Tschechischen Republik und die Rhetorik, mit der die neue Administration der arabischen Welt gegenübertritt, können als signifikante Veränderungen angesehen werden.

26 | Vgl. Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, Bonn: Siedler, 2008, S. 274.

liegt bereits seit längerem ein sicherheitspolitischer Konsens zu Grunde und auch die Regierung Bush hatte zum Ende ihrer Amtszeit einen Ausweg aus dem Dilemma gesucht, in das sie sich mit Guantánamo selbst gebracht hatte. Und auch wenn das Raketenschild nicht in Polen und Tschechien stationiert werden wird, so hat Obama angekündigt, eine günstigere, seegestützte Raketenabwehr forcieren zu wollen. Mit seinen beeindruckenden rhetorischen Fähigkeiten erklärt und transportiert er amerikanische Politik im Nahen und Mittleren Osten, ohne aber deren, in den letzten acht Jahren gelegte, Fundamente tatsächlich zu verschieben. Mit anderen Worten: die neue Regierung hat außen- und sicherheitspolitisch einige Nuancen verschoben, aber keineswegs einen radikalen Kurswechsel zu den Bush-Jahren eingeleitet. Es bleibt abzuwarten, ob die neue US-Administration damit in Zukunft weiterhin Erfolge einfahren kann.